

Eine gesunde Polizei – eine Investition, die sich auch ökonomisch rechnet

Die Polizei ist doch gesund, oder? Ob im Fernsehen beim Krimi, im regionalen Abendprogramm oder in der Zeitung, die Polizei, das sind lauter junge vitale Menschen. Und selbst die, die etwas erfahrener und älter sind, machen doch regelmäßig Sport und so ist z. B. das Sportabzeichen überhaupt kein Problem. Und gleichzeitig macht immer wieder der Anruf eines Bekannten, die Nachricht eines Kollegen, der Blick in die Infoline oder Zeitung betroffen. Denn schon wieder ist eine Kollegin oder ein Kollege verstorben. Besonders erschreckend ist es, wenn man feststellt, die oder der waren doch gerade in den Ruhestand gegangen, die hatten doch noch so viel vor. Und mindestens genau so erschreckend: Menschen die mitten im Leben stehen, aktiven Dienst verrichten, sind plötzlich tot.

Für mich stellen sich da gleich mehrere Fragen: Macht Polizeidienst krank? Sterben Polizeibeschäftigte vielleicht früher? Und vor allem – wie kann man Polizeiarbeit gesünder gestalten?

Wenn man sich mit dem Thema näher beschäftigen möchte, muss man sich natürlich mit den Fakten vertraut machen. Hier ein paar davon.

In den letzten Jahren sind im jeweiligen Jahr fast ein Viertel der Beschäftigten der Polizei langzeiterkrankt, d. h. mehr als 42 Tage im Jahr. Diese Langzeiterkrankten sind ursächlich für etwa zwei Drittel der Krankentage. Und die Haupterkrankungsgruppen – Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems, Psychische Erkrankungen und Krankheiten der Atmungsorgane – sind für 50 Prozent und mehr Krankentage ursächlich.

Jahr	„Außerplanmäßige“ Abgänge im Polizeivollzugsdienst
2011	26
2012	34
2013	43
2014	50
2015	34
2016	25
2017	35
Gesamt	247

Bei den 247 Fällen von außerplanmäßigem Ausscheiden aus dem Dienst von 2011 bis 2017

Jahr	Krankentage PVB mit AU-Bescheinigung und Krankentage aufgrund eines stationären Aufenthaltes	Krankentage PVB ohne AU-Bescheinigung	Gesamtkrankentage PVB
2014	168.794	5.872	174.666
2015	162.756	7.652	170.408
2016	169.465	8.393	177.858
2017	162.674	8.360	171.034
2018	178.004	9.444	187.448
2019	157.651	9.992	167.643



Foto: GdP MV

GdP Landesvorsitzender Christian Schumacher

sind 149 Beschäftigte wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt worden und 74 Kolleginnen und Kollegen sind verstorben.

Alles in allem ein erschreckender Sachstand. Aber wie sieht die Zukunft aus? Werden wir die Fehler der Vergangenheit wiederholen oder könnten wir neue und bessere Wege gehen?

Schließlich ist der Mensch die wichtigste Ressource bei der Gewährleistung der Inneren Sicherheit, denn moderne Technik allein sichert keinen nachhaltigen Schutz der Bevölkerung.

Also was ist zu tun? Sinnvoll wäre es sicherlich, zunächst die wesentlichen Ursachen, zumindest für die Haupterkrankungen, herauszufinden. Dann bedarf es eines Abgleichs dieser Ergebnisse mit den jeweiligen Tätigkeiten, um zu analysieren, wo sind welche Gefahren für die Mitarbeiter, wie können diese Gefahren reduziert werden.

All dies nutzt aber nichts, wenn das Gesundheitsmanagement nicht durch ein überzeugendes Führungsverhalten auf allen Ebenen vorgelebt wird. Es nützt nichts, wenn wir Fehler der Vergangenheit nicht schonungslos zur Sprache bringen. Und erst Recht nützt es nichts, wenn man aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse ignoriert, sie Mitarbeitern nicht zugänglich macht und den Standpunkt vertritt, wir brauchen keine Veränderungen beim Gesundheitsschutz.

Mit anderen Worten: Es bedarf der Kooperation von gesundheitswissenschaftlicher und führungsverantwortlicher Kompetenz, begleitet von Transparenz und Einbeziehung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. ■



Rückkehr an den Arbeitsplatz

Wiedereingliederung nach psychischen Erkrankungen

Psychische Erkrankungen sind weit verbreitet. Damit sie nicht in die Arbeitsunfähigkeit und Frühverrentung führen, ist es wichtig, die Betroffenen bei der Rückkehr an den Arbeitsplatz zu unterstützen.

Oft sind die Ausfallzeiten deutlich länger als bei anderen Erkrankungen. Zudem schwächen psychische Erkrankungen die Widerstandsfähigkeit. Den Wiedereinstieg alleine zu bewältigen, fällt schwer. Wie wichtig es ist, von mehreren Seiten Unterstützung zu bekommen, zeigt eine Studie der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA).

Psychische Erkrankungen stellen ein mehrfaches Risiko dar

Längere Zeit krank zu werden ist schon eine große Belastung an sich. Doch gerade bei psychischen Erkrankungen steigt das Risiko arbeitslos oder arbeitsunfähig zu werden besonders. Und diese Erkrankungen sind die häufigste Ursache für Frühverrentungen. Doch Arbeit bedeutet neben Einkommen auch Struktur, Sinn, Identität und soziale Kontakte. Durch die Krankheit ist das alles in Gefahr. Die Folgen sind für die Betroffenen, aber auch für die Gesellschaft, immens.

Psychische Erkrankung braucht Hilfe auf mehreren Ebenen

Die Entstehung von psychischen Erkrankungen lässt sich meist nicht eindeutig auf personen- oder arbeitsbezogene Faktoren zurückführen. Für eine Wiedereingliederung ist es deshalb wichtig, dass der Betroffene einerseits an sich selbst bzw. seinem Verhalten arbeitet. Auf der anderen Seite braucht es aber auch Bereitschaft und Unterstützung vom Betrieb. Damit dies gelingt, so die Studie, sind ein psychotherapeutischer und ein sozialarbeiterischer Ansatz notwendig.

Wiedereingliederung – folgende Maßnahmen sind nach psychischen Krisen wichtig:

- Therapie mit dem Schwerpunkt der Verhaltensänderung,
- Coaching des Mitarbeiters, z. B. zu Themen wie Abgrenzung oder Perfektionismus,
- Ermittlung von möglichen Krankheitsverursachern am Arbeitsplatz wie Zeitdruck, Überforderung oder mangelnde Wertschätzung und entsprechende Maßnahmen, um die Belastungen abzustellen,
- eine personenbezogene Gefährdungsbeurteilung durch den Betriebsarzt sowie
- eine stufenweise Wiedereingliederung.

Weitere Informationen zu den bisherigen Studienergebnissen bietet der Artikel Rückkehr zur Arbeit nach psychischer Krise – Betriebsnahe Versorgungsnetzwerke unter der Lupe.

Quelle: Haufe Online-Redaktion



POLIZEI
DEIN PARTNER
Gewerkschaft der Polizei

Wir brauchen dich!

Der VDP – der Verlag deiner Gewerkschaft – sucht Kollegen, die neben Beruf oder Ruhestand Zeit und Lust für eine gut bezahlte Tätigkeit als freiberuflicher Anzeigenverkäufer in Mecklenburg-Vorpommern haben.

Hilf uns, unsere Präventions- und Festschriften für die GdP in Mecklenburg-Vorpommern zu bewerben und herauszubringen. Nähere Informationen erhältst du unter www.vdp-polizei.de. Oder ruf uns an unter Telefon 0211 7104-183 (Antje Kleuker).

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit dir!



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung

Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon 0211 7104-183, Frau Antje Kleuker
antje.kleuker@vdp-polizei.de

www.vdp-polizei.de



EMPFEHLUNGEN DER SEK-KOMMISSION

Mehr Sachlichkeit in die Debatte

Schwerin (13. August 2020): „Jetzt bitte endlich mal mehr Sachlichkeit in die Debatte. Populismus, Pauschalisierungen, Heiligspaltungen und Vorverurteilungen helfen keinem“, so der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Christian Schumacher, zu der am 12. August 2020 veröffentlichten Presseerklärung des Innenministeriums (siehe QR-Code) zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen der externen und unabhängigen Expertenkommission und den ersten Äußerungen von Politikern dazu.

Ansehens- und Vertrauensverlust

„Wir erleben derzeit Diskussionen, die, unverantwortlich geführt, unweigerlich zu einem Ansehens- und Vertrauensverlust in die Polizei führen und schlussendlich die Innere Sicherheit destabilisieren“, so Schumacher weiter.

Die Grundlage der derzeitigen Entscheidungen ist der Bericht einer externen und unabhängigen Expertenkommission zu den Spezialeinheiten. Bei der Bewertung dieses Berichtes kamen und kommen eine Viel-

zahl von Akteurinnen und Akteuren, wie z. B. NGOs, politische Mandatsträger, Polizeikritiker zu Wort.

Der GdP MV fehlt aber in dieser Diskussion die Einbeziehung der Stimmen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landespolizei!

- Was sind die Belastungsfaktoren des täglichen Dienstes der gesamten Polizei?
- Welche Auswirkungen haben diese Belastungen auf die Zufriedenheit und die Frustration?
- Was fördert eine rechtsstaatliche Fehlerkultur in der Landespolizei?
- Bedarf es einer Kommission zur inneren Führung?

– Welche Maßnahmen fördern ein positives Führungsverhalten in der Polizei?

Die GdP MV ist für eine offensive Auseinandersetzung mit Problemen in der Polizei. Studien mit Namen wie „Racial Profiling“ oder „Rassismus“ in der Polizei lehnt sie aber ab, denn schon der Name einer solchen Studie unterstellt der Polizei ein Problem.

Wir fordern eine Forschungsleistung ein, die nicht bereits im Titel ein Problem unterstellt. Wir fordern eine Forschung, die belegt, dass das in uns gesetzte Vertrauen gerechtfertigt ist.

Die Polizei verfügt mit der Hochschule der Polizei und dem Fachbereich Polizei der Fachhochschule in Güstrow über gut ausgebildete wissenschaftlich arbeitende Dozenten und Professoren, deren Fachverstand man in der derzeitigen Diskussion gut nutzen könnte. So könnte man wissenschaftlich valide Fakten aus der Polizei gewinnen und diesen populistisch vorgetragene Pauschalisierungen entgegenstellen. Deren Einordnung und Abgleich mit anderen Studien oder Disziplinen sowie der qualifizierte wissenschaftliche Austausch mit anderen Universitäten und Hochschulen würden viele Ansätze zur Weiterentwicklung der Polizei bieten.

„Polizistinnen und Polizisten haben das in sie gesetzte Vertrauen verdient. Sie gewährleisten tagtäglich, dass unser demokratischer Rechtsstaat funktioniert“, so Schumacher abschließend. ■



Der GdP-Landesvorsitzende Christian Schumacher:
Die Grundlage der derzeitigen Entscheidungen ist der Bericht einer externen und unabhängigen Expertenkommission zu den Spezialeinheiten. Bei der Bewertung dieses Berichtes kamen und kommen eine Vielzahl von Akteurinnen und Akteuren, wie z.B. NGOs, politische Mandatsträger, Polizeikritiker zu Wort.

Der GdP MV fehlt aber in dieser Diskussion die Einbeziehung der Stimmen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landespolizei!





Neue Polizeimeisterinnen und Polizeimeister im Landesbereitschaftspolizeiamt MV

Schwerin/Rostock/Anklam. Am Freitag, dem 10. Juli 2020, wurden an der FH Güstrow über 130 frisch gebackene PMin und PM ernannt. Ein großer Teil davon begann inzwischen seinen Dienst im Landesbereitschaftspolizeiamt MV, in den beiden Einsatzhundertschaften in Schwerin und Rostock sowie im 4. Einsatzzug in Anklam. Im Namen unseres Kreisgruppenvorstandes der Gewerkschaft der Polizei begrüßten die Kollegen Lutz Heise und Jörn Liebig die neuen Mitglieder in unserer Kreisgruppe. Nach der allgemeinen Vorstellung unserer Kreisgruppe und deren Struktur wurden „die Neuen“ über wesent-

liche Unterschiede zwischen Gewerkschaft und Personalvertretung und über die Leistungen unserer Gewerkschaft der Polizei informiert. In guter und bereits langjähriger Tradition erfolgte neben der Begrüßung auch die Übergabe eines kleinen Willkommenspräsenes. Wir wünschen unseren neuen Kollegen einen guten Start in ihr Berufsleben, viel Spaß bei der Arbeit, ein glückliches Händchen bei ihren Entscheidungen und eine jederzeit gesunde Rückkehr aus den Einsätzen.

Kreisgruppe der GdP im LBPA MV/LPBK MV

GdP unterstützt Sporttag

Am 2. September 2020 fand der traditionelle Sporttag der „Inseldienststellen“, PR Heringsdorf, KKAst Heringsdorf, WSPI Wolgast sowie PR Wolgast und KKAst Wolgast auf dem Gelände der Sportschule Zinnowitz statt.

Mit einer sehr guten Beteiligung durch die Kolleginnen und Kollegen und unter Aufsicht der Sportübungsleiter konnten die Normen für das Deutsche Sportabzeichen abgelegt werden. Nach einer Stärkung ging es dann am Nachmittag noch einmal in das Wasserbecken der Schwimmhalle Zinnowitz, um die entsprechenden Schwimmnormen abzulegen. In diesem Zusammenhang noch einmal der Dank an das hervorragende Orga-Team!

Durch die GdP-Kreisgruppe Wolgast wurde durch eine finanzielle Spende die „stärkende Kalorienaufnahme“ am Grill unterstützt. ■



Foto: Kreisgruppe Wolgast





IM GESPRÄCH BLEIBEN

GdP im Finanzministerium

Am 1. September 2020 fand ein Gespräch zwischen Staatssekretär Heiko Miraß, der Referatsleiterin (Grundsatzreferat für Tarifrecht, Beihilfe, Reisekosten, Umzugskosten, Trennungsgeld) Antje Wedepohl sowie dem GdP-Landesvorsitzenden Christian Schumacher im Beisein der GdP-Vertreter Siegmund Brandt, Ute Wienecke und Marco Bialecki statt. Vorweg: Das Gespräch fand in einer sehr offenen und guten Atmosphä-

re statt und hat deutlich gezeigt, wie wichtig es ist, miteinander zu reden.

Themen des Gesprächs waren:

- grundsätzliche Verbesserung der Zusammenarbeit und die Informationssteuerung zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite in Fragen der TdL,
- der Blick auf das ehrenamtliche Engagement in Bezug auf Sonder- und Bildungsurlaub,

- die Ausgestaltung der Fachkräftezulage,
- das Halten von Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst des Landes,
- Zulagen für Tarifbeschäftigte im Zusammenhang mit dem Pakt für Sicherheit und
- die Ausbildungsstätte öffentlicher Dienst mit Blick auf lebenslanges Lernen und Arbeit 4.0.

„Das heutige Gespräch war sehr konstruktiv. Jetzt bleibt zu hoffen, dass diese Zusammenarbeit kontinuierlich – auch über diese Wahlperiode hinaus – fortgeführt wird, um kluge Problemlösungen zu entwickeln“, so der Landesvorsitzende Schumacher abschließend. ■



Fotos: GdP MV



Staatssekretär Heiko Miraß und GdP-Landesvorsitzender Christian Schumacher

Nachtschicht verringert die Aufmerksamkeit

Nachtarbeit verlängert deutlich die Reaktionszeiten. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie über die gesundheitlichen Auswirkungen von Schichtarbeit bei Beschäftigten im Pflegedienst. Durchgeführt hat die Studie das Institut für Prävention und Arbeitsmedizin der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (IPA), Institut der Ruhr-Universität Bochum (RUB). Die Forscherinnen und Forscher untersuchten insbesondere die Auswirkungen von Nachtarbeit auf die Aufmerksamkeit mittels des „Psychomotorischen Vigilanz-Tests“. Die Ergebnisse können Grundlage für Präventionsmaßnahmen zur Vermeidung negativer Effekte von Schichtarbeit sein.

Risiken durch Nachtarbeit

Beschäftigte in Nachtarbeit, die ihren Schlafzyklus an die Arbeitszeiten anpassen müssen, leiden während der Arbeit häufig unter Schläfrigkeit. Sie haben deshalb ein erhöhtes Risiko für Arbeits- und Wegeunfälle auf dem Weg nach Hause. Auch die Versorgung von Patienten könnte unter der verminderten Aufmerksamkeit leiden. Die Studie des IPA ist eine der wenigen epidemiologischen Felduntersuchungen, die die psychomotorische Vigilanz in Tag- und Nachtschichten an denselben Per-

sonen und zu verschiedenen Zeitpunkten untersucht hat. In der Studie verglichen die Forschenden über mehrere aufeinanderfolgende Tag- beziehungsweise Nachtschichten die Wachheit – Experten sprechen von psychomotorischer Vigilanz – bei 74 weiblichen Beschäftigten im Pflegedienst eines Klinikums.

Eulen leiden besonders

„Wir konnten nach einer Nachtschicht eine deutlich verlängerte mittlere Reaktionszeit, aber auch eine höhere Zahl von



Fehlern im Test beobachten“, erklärt Thomas Behrens. „Eine schlechtere Testleistung beobachteten wir vor allem bei älteren Probandinnen, Frauen mit einer spät getakteten inneren Uhr – sogenannten Eulen –, und Frauen mit häufigen Atemaussetzern während des Schlafs“, erläutert die Studienleiterin Dr. Sylvia Rabstein. „Für uns überraschend war, dass sich die Fehlerwerte und Reaktionszeiten schon ab der zweiten Nachtschicht verbesserten und sich der Testleistung nach einer Tagsschicht annäherten“. „Obwohl wir einen Trainingseffekt nicht ausschließen können, scheint es so zu sein, dass unregelmäßige oder schnell wechselnde Schichtpläne vermieden werden sollten“, so Thomas Behrens.

Beleuchtung könnte helfen

„Für uns sind diese Ergebnisse insbesondere wichtig im Hinblick auf die Planung zukünftiger Studien“, so Professor Thomas Brüning, Direktor des IPA. „Möglicherweise kann eine individuell verbesserte Beleuchtung am Arbeitsplatz die Aufmerksamkeit steigern.“ In der Feldstudie wurde auch eine Reihe weiterer biologischer Parameter untersucht. Dazu gehörten verschiedene Hormone, deren Veränderung im Tagesverlauf jetzt in Abhängigkeit von den Lichtverhältnissen am Arbeitsplatz untersucht werden soll. „Einfache Präventionsmaßnahmen zur Verbesserung der Aufmerksamkeit während einer Nachtschicht könnten erlaubte Kurzschlafpro-

den, eine ausreichende Erholungszeit zwischen einzelnen Nachtschichten, kürzere Nachtschichten oder ein Wechsel der Beleuchtung am Arbeitsplatz umfassen“, sagt Thomas Behrens. Die Wirksamkeit solcher Maßnahmen müsse jedoch noch wissenschaftlich untersucht werden. ■

© Wirtschaftspsychologie aktuell

Weiterführende Informationen:

Behrens, T., Burek, K., Pallapies, D., Kösters, L., Lehnert, M., Beine, A. et al. (2019). Decreased psychomotor vigilance of female shift workers after working night shifts. Plos One 2019.

Erfolgreicher Rechtsschutz der GdP, auch bei unseren Senioren

Der GdP-Rechtsschutz ist und bleibt einer der wichtigsten (neben vielen anderen) Leistungen, auf die unsere Mitglieder einen verbrieften Anspruch haben. Und das auch in scheinbar schwierigen Situationen.

Vielleicht könnte der eine oder andere auf den Gedanken kommen, der Anspruch auf gewerkschaftlichen Rechtsschutz ist nur bei aktiven Arbeitnehmern oder Beamten relevant. Weit gefehlt!!! Gerade auch unsere Rentner oder Pensionäre können schneller als erwartet in eine Situation geraten, in der sie dann froh sein werden, auf den gewerkschaftlichen Rechtsschutz zurückgreifen zu können. Beispielhaft können das u. a. Streitigkeiten sein in Bezug auf die Höhe der Versorgung (Pension) oder auf die Höhe der Rente (siehe z. B. Anrechnung von Pflegegeld). Bei Streitigkeiten vor den Sozialgerichten geht es häufig um Fragen der Zuordnung zum Grad der Schwerbehinderung, wenn, wie so oft, ein Bezug zum Dienst- oder Arbeitsverhältnis bei der Landespolizei MV besteht. Ebenso besteht ein Anspruch auf gewerkschaftlichen Rechts-

schutz bei Streitigkeiten mit der VBL (Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder), bei Disziplinarverfahren und bei Fragen zur Beihilfe.

In einem aktuellen Beispiel bat uns ein Pensionär um Hilfe, der in einem undurchsichtigen Fall vom Landesamt für Finanzen zur Rückzahlung von angeblich überzahlten Versorgungsbezügen in nicht geringer fünfstelliger Höhe aufgefordert worden war. Nach Hinzuziehung eines Rechtsanwaltes wurde die Rückforderungssumme auf weniger als die Hälfte abgesenkt.

Recht haben und Recht bekommen sind in unserer Gesellschaft,

wie das Sprichwort so schön beschreibt, zwei Paar verschiedene Schuhe.

Gut zu wissen, dass sich unsere GdP-Mitglieder auf die Rechtsschutzzusage jederzeit und völlig unkompliziert verlassen und auf kompetente Rechtsanwälte und Disziplinarverteidiger zurückgreifen können.

Bei Rückfragen steht euch Kollege Jörn Liebig, Tel.: (0385) 5882994 oder (0176) 80337174, zur Verfügung.

Jörn Liebig
Mitglied des Landesvorstandes und Verantwortlicher für Rechtsschutzangelegenheiten





Fotos: Kreisgruppe LBPA/LPBK MV

Ein „heißes“ Seniorensommerfest

Schwerin. In guter Tradition trafen sich 25 Mitglieder unserer Seniorengruppe am 12. August 2020 zu ihrem Sommerfest in einer Gartenanlage in Schwerin. Bei hochsommerlichen Temperaturen war es im wahrsten Sinne eine „heiße“ Angelegenheit. Nachdem der Vorsitzende der Seniorengruppe, unser Kollege Detlev Haupt, die Veranstaltung eröffnet hatte, nutzte er und der stellvertretende Landesvorsitzende, Jörn Liebig, die Gelegenheit, zwei Jubilaren ganz herzlich zu gratulieren. Zunächst wurde die 60-jährigen, Mitgliedschaft in der Gewerkschaft mit der Übergabe der Ehrenurkunde, der Ehren-

nadel und eines kleinen Präsentes bei unserem Kollegen Jacob Hoffart gewürdigt. Anschließend erfolgte die Gratulation zum 70. Geburtstag bei Gerd-Uwe Mißfeldt. Bei einer gemütlichen Runde mit Kaffee und selbst gebackenen Kuchen verging die Zeit sozusagen wie im Fluge. Zahlreiche Gespräche über die „gute alte Zeit“ in den verschiedenen Dienststellen der Landespolizei wurden dann nur noch durch das „Grillessen“ mit kühlen Getränken unterbrochen. Ein total gemütlicher Nachmittag klang in den frühen Abendstunden aus. Die Kreisgruppe der Gewerkschaft der Polizei möchte sich ausdrücklich bei all



denjenigen bedanken, die für das gute Gelingen beigetragen haben.
Kreisgruppe der GdP im LBPA MV/LPBK MV



GDP MV BETREUUNG **WIR in Güstrow**



Fotos: GdP MV



Jörn, Christian, Michael, Andreas, Noreen, Robby, Tony, Florian, Maik, Sebastian, Siegmund und Bernd Reinhardt waren im letzten Monat am GdP-MV-Betreuungsstand an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege in Güstrow anzutreffen. ■





Frauen gruppe

Mecklenburg-Vorpommern



Landesfrauenkonferenz 2021 – Save the date!!!

Liebe Frauen,

unsere für 2020 geplante Landesfrauenkonferenz musste aufgrund der Corona-Pandemie kurzfristig abgesagt werden. Nun steht der neue Termin fest: Am **17. März 2021** soll die Veranstaltung nachgeholt werden.

Die Konferenz, die unter dem Motto: „Dranbleiben! Weniger ist leer!“ durchgeführt wird, soll in Malchin, im Ferienland Salem, stattfinden.

Bitte merkt euch den Termin vor; die neuen Einladungen an die Delegierten werden rechtzeitig zugeschickt.

Herzliche Grüße

**Euer Geschäftsführender Vorstand
der Landesfrauengruppe MV**

Die Polizeiversicherung, kurz PVAG, was ist das?

Highlights für Polizisten

Die PVAG Polizeiversicherungs-AG bietet allen Polizeibeschäftigten umfassende und kompetente Information und Beratung hinsichtlich der beamtenrechtlichen oder sozialversicherungsrechtlichen Versorgungs- und Absicherungssituationen.

Tradition und Vertrauen

Die PVAG ging aus einer gewerkschaftlichen und traditionsreichen Selbsthilfeeinrichtung hervor: dem Polizeiversicherungsverein (PVV), Hilden.

Vertreter der Gewerkschaft der Polizei (GdP) – die PVAG gehört übrigens zu 49 % der GdP – sind daher auch heute in den Versicherungsbeiräten und im Aufsichtsrat der PVAG entscheidend eingebunden. Zusätzlich profitiert die als Selbsthilfeeinrichtung anerkannte PVAG von der jahrzehntelangen Markterfahrung der SIGNAL IDUNA Gruppe.

Diese Erfahrung und die konsequente Orientierung an den Belangen der Polizeibeschäftigten fließen in die speziell ent-

wickelten Sicherheits- und Versorgungskonzepte ein. Dies ist die Basis für das Vertrauen bei den Polizeibeschäftigten. Eindrucksvoll bestätigt wird das Vertrauen in die PVAG durch die Anzahl der versicherten Verträge; innerhalb von gut zehn Jahren konnte diese Anzahl um 674.000 Stück erhöht werden.

Diese Bereiche sind für uns besonders wichtig:

- Gesundheit: Die Lücken der Beihilfe oder der freien Heilfürsorge werden hier geschlossen.
- Arbeitskraftabsicherung: Damit das erhalten bleibt, was ihr euch aufgebaut habt.
- Altersversorgung: Handelt jetzt und genießt die „Ruhe“ vor dem Ruhestand.
- Fahrzeug: Mit dem Spezialtarif für Polizisten zeigen wir unserem Portemonnaie die rote Kelle.
- Haftpflicht: Ob im Dienst oder in der Freizeit: Hier kann man sich auf die PVAG verlassen.
- Haus und Wohnung: Einbruch, Feuer oder nur ein neuer Anstrich: Die Kosten übernimmt die PVAG.



Foto: GdP MV

Findet persönlich heraus, welche Produkte und welche Lösungen euch die PVAG anbietet und verlasst euch auf qualitativ hochwertige und gleichzeitig preisgünstige Produkte. Aus zahlreich individuell gestaltbaren Lösungen können WIR das passende für Uns auswählen.

Nutzt jetzt den für Uns persönlich maßgeschneiderten Versicherungsschutz und ruft einfach den zuständigen Regionalberater an oder vereinbart direkt einen Termin. ■

DP – Deutsche Polizei
Mecklenburg-Vorpommern

Geschäftsstelle
Platz der Jugend 6, 19053 Schwerin
Telefon (0385) 208418-10
Telefax (0385) 208418-11
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion
Marco Bialecki (V.i.S.d.P.)
Telefon (0385) 208418-10

Post bitte an die
Landesgeschäftsstelle (s. links)